

Sprengminen gegen das Kommando

Autor(en): **Spectator**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **22 (1942-1943)**

Heft 5

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-334625>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

industriellen Kräfteballung glauben die Alliierten, ihre Riesenarmeen mit unzähligen Panzerwagen und vielen tausend Flugzeugen in Europa selbst als zwei kolossale, kooperierende Angriffsfronten solange in Bewegung setzen zu können, bis vor ihnen langsam, aber unaufhaltsam die noch so tapferen Armeen der Achsenmächte zusammenbrechen müßten. Ob diese Erwartungen der Alliierten sich erfüllen werden, vermag nur die Zukunft zu entscheiden. Immerhin ist unverkennbar, daß das Kräfteverhältnis der beiden Kriegsparteien seit einem Jahre eine derartige Verschiebung erfahren hat, daß es nicht erstaunlich ist, wenn Amerika, England, Rußland und ihr alten und jüngsten Verbündeten innerlichst von einer Kriegswende zu ihren Gunsten überzeugt sind.

Sprengminen gegen das Kommende

Von S p e c t a t o r

Zwei mörderische, Güter und Seelen vernichtende Kriege im Laufe von nur fünfundzwanzig Jahren! Ist das nicht unfasslich, unbegreiflich? «Nie wieder Krieg» — mit diesem Gelöbnis am Ende des ersten Weltkrieges war es den Völkern ja ernst. Und doch haben sie sich in den zweiten hineinführen lassen! Das ist das Unbegreifliche. Breite Massen hatten die wesentlichen Ursachen der Kriegsentstehung erkannt, und doch waren sie zu schwach, sie zu beseitigen. Es fehlte ihrer ehrlichen Sehnsucht die rechte Führung; und in dieser Feststellung ist ein schwerer Vorwurf für die *sozialistische Bewegung* enthalten. Denn sie war zu dieser Führung berufen. Es gibt mancherlei Gründe für ihr Versagen; einer der wichtigsten war, daß sie vom entscheidenden Augenblick *unvorbereitet* getroffen wurde. So fand der große Moment nur ein kleines Geschlecht.

Das kann sich leicht wiederholen. Es wird auch nach diesem Krieg den nach Frieden, Recht und Gerechtigkeit hungernden Menschen — und das ist sicherlich die Mehrzahl — nichts in den Schoß fallen. Mehr als je gilt das Wort: Bereit sein ist alles. Da können die Sozialisten nun von den Gegnern etwas lernen. Die überlassen nichts dem Zufall; verlassen sich nicht auf die Maxime selbstzufriedener Bequemlichkeit: Kommt Zeit, kommt Rat. Sie halten es nicht für verfrüht, schon jetzt alle Vorkehrungen zu treffen, um den Strom der kommenden Dinge nach *ihrem* Willen und *ihren* Bedürfnissen zu lenken. Und das heißt: zurück in sein altes Bett. Gelänge das, eine neue Sündflut wäre sicher!

Ein Beispiel kluger, wenn auch gemeinschaftsfeindlicher, klassenegoistischer Voraussicht liefert die «Neue Zürcher Zeitung». Seit längerer Zeit schon behandelt sie in fortlaufender Artikelserie «Wirtschaftliche Kriegs- und Nachkriegsprobleme». Es bedarf keines Scharfsinnes, die allgemeine Tendenz und Absicht dieser Aufsätze zu erraten. Jeder einzelne läuft auf eine Rechtfertigung und Anpreisung der sogenannten «freien Wirtschaft» hinaus, das heißt des alten privatkapitalistischen Profitsystems. Selbstverständlich ist die Zeitung nicht so plump, das frei herauszusagen. Die Sünden dieser Wirtschaft liegen zu offen zutage, die Folgen sind noch

zu frisch in der Erinnerung, als daß sie das wagen dürfte. Wenden sich doch selbst Kreise der Partei, die mit der «NZZ.» das privatkapitalistische Prinzip vertritt, von dem fluchbeladenen System ab. Schreibt doch «Die neue Generation», das Organ der *Jungliberalen*, rückhaltlos:

«Es muß heute selbst für einen Blinden erkennbar sein, daß die Zeiten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in Europa endgültig vorbei sind. Das kapitalistische System hat seine Unzulänglichkeit allzu deutlich geoffenbart, als daß wir ihm auch nur eine Träne nachweinen könnten.»

Solchen Stimmen und Stimmungen Rechnung tragend, bedient sich die «Neue Zürcher Zeitung» bei ihrer Kampagne einer geschickten *indirekten* Methode. Mit dieser sich vertraut zu machen, ist darum sehr notwendig. «Der Angriff ist die beste Verteidigung», ist ihr Kernstück. Angegriffen wird alles, was nach Gemeinwirtschaft und Wirtschaftsdemokratie schmeckt. Auch das geschieht nicht plump; es wird selten mit Dreschflegeln dreingeschlagen. Genügt es denn nicht, bestimmte Voraussetzungen oder theoretische Erschließungen der Gemeinwirtschaftler als angeblich falsch oder unmöglich zu denunzieren, um auf dem düsteren Hintergrund schreckhafter Prophezeiungen das «Altbewährte» in neuem Glanze als einzige Rettungsplanke erstrahlen zu lassen? Das ist gut angewandte Massenpsychologie. Vor allem Neuen, Unerprobten scheut der Durchschnittsmensch zurück. Seine Begierde, «gefährlich zu leben», ist nicht so groß, wie manche Demagogen ihm vorzumachen suchen. Er geht lieber auf das Sichere; und das ist, wenn nicht zu faulem Stillstand verführend, ein durchaus legitimes Streben. Besonders in der Sphäre der wirtschaftlichen Existenz. Vom «gefährlich leben» haben die Millionen Arbeitslosen seit Jahrzehnten genug gehabt. In ihnen lebt ein starkes, etwas vages Gefühl, das man als «antikapitalistische Sehnsucht» richtig umschrieben hat. Dieses wird bekämpft. Wer es versteht, Menschen in einer bestimmten Überzeugung unsicher zu machen, hat sein Spiel schon halb gewonnen. Der Wankende ist leicht umzuwerfen. Einmal in Zweifel versetzt, ist es ein leichtes, ihn durch die Methode der *Schuldverschiebung* vollends zu verwirren. Auch sie wird von der «Neuen Zürcher Zeitung» und den Blättern ihrer Art mit Vorliebe praktiziert. Der mathematische Satz, daß die gerade Linie die kürzeste Verbindung zwischen zwei Punkten ist, gilt nicht unbedingt für die Politik. Es gibt da Ziele, die viel besser, die sogar ausschließlich auf krummen Wegen zu erreichen sind. Man kann vielleicht sogar die Regel aufstellen: Je fragwürdiger das Ziel, desto krummer der Weg.

Um von diesem, wie wir glauben, nicht unwichtigen Allgemeinen zum Besonderen zu kommen, die Methode an einem konkreten Beispiel zu demonstrieren, soll uns einer der letzten Artikel aus der oben erwähnten Serie dienen, der «Probleme der Friedenswirtschaft» behandelt («NZZ.» Nr. 1241). Er beginnt damit, daß der Schreiber unter dem Titel «Trugschlüsse», den schwedischen Professor und Apologeten des Wirtschaftsliberalismus, *Gustav Cassel*, als Sturmbock benutzend, zuerst einmal ein paar offene Türen einrennt. Er führt das aus, was man militärisch eine «Diversion», ein Ablenkungsmanöver, nennt. So wird dem Leser die fol-

gende Feststellung präsentiert: «Der Krieg zehrt an der wirtschaftlichen Substanz. Er zwingt zum Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft und an den Produktionsmitteln; er führt — an friedenswirtschaftlichen Maßstäben gemessen — zu gewaltigen Fehlinvestitionen.» Eine unbestreitbare, von sozialistischer Seite oft, aber vergeblich ausgesprochene Wahrheit. Der «NZZ.» ist es aber gar nicht darum zu tun, diese zu verbreiten. Ihr kommt es viel mehr darauf an, die Zusammenhänge zu vernebeln und die sich aufdrängende Schlußfolgerung als angeblichen «Trugschluß» zu denunzieren. Ein «Trugschluß» nämlich soll die weitverbreitete Überzeugung sein, daß es um die allgemeine Wohlfahrt weit besser stünde, «wenn die Mittel, die heute planmäßig für den Krieg eingesetzt werden können, morgen ebenso planvoll für die Steigerung des Wohlstandes eingesetzt würden». Das ist falsch, so werden wir belehrt.

«Die Mittel nämlich, die heute für den Krieg eingesetzt und in diesem verbraucht werden», so geht die Beweisführung, «spiegeln sich in den Entbehrungen der kriegführenden und in den Einschränkungen der nichtkriegführenden Völker wider. Die kriegswirtschaftliche Planung hat somit keineswegs in erster Linie eine Mehrproduktion zur Folge gehabt, sondern zur Hauptsache eine *Produktionsumstellung* von Verbrauchsgütern auf Rüstungserzeugnisse. Sofern aber von einer Mehrerzeugung gesprochen werden kann, so eben auf Kosten eines zeitlich begrenzten Raubbaues an Arbeitskraft und Produktionsmitteln. Erst in Erkenntnis der Zweckbestimmung und Zweckgebundenheit der kriegswirtschaftlichen Planung, deren hauptsächlichster Wesenszug darin besteht, den Marktmechanismus durch ein staatliches Steuerungsprinzip zu ersetzen, rücken die Probleme der Friedenswirtschaft ins richtige Licht und wird deren Tragweite offensichtlich.»

Mit dem dunkel-orakelhaften letzten Satz schließt die aus Wahrem und Falschem gemischte «Beweisführung», vielmehr bleibt sie vor dem erstaunten Auge des Lesers in der Luft hängen. Was nun eigentlich «offensichtlich» geworden, das weiß der Autor vermutlich ebensowenig wie der Leser; er überläßt es diesem, sich den Kopf über den Sinn des Wortgeklingels zu zerbrechen. Aber absichtslos und ohne Zweck ist auch dieser Satz nicht, wie noch zu zeigen sein wird. Doch vorher ist der *wirkliche Trugschluß* zu entlarven.

Selbst wenn es wahr wäre, daß keine Mehrproduktion Platz gegriffen hätte, so liegt es doch auf der Hand, daß die gleiche für Kriegszwecke eingesetzte Arbeitsleistung, ebenso planvoll wie diese auf die Deckung der menschlichen Bedürfnisse ausgerichtet, eine bedeutende Wohlfortssteigerung herbeiführen müßte. Das kann sich der einfachste Mensch ohne jede volkswirtschaftliche Schulung an den fünf Fingern abzählen. Ob, rein geldlich-finanziell gerechnet, seit Jahren Tag für Tag Millionenwerte (das Ergebnis von Arbeit!) in die Luft verpulvert, in Befestigungen und Waffen investiert, auf den Grund des Meeres versenkt, zur Zerstörung anderer Millionenwerte in Gestalt von Maschinen, Fabriken, Transportmitteln usw. benutzt, oder ob sie zur Erhöhung des Lebensstandards der breiten Massen, zum Bau von Wohnungen, zur Erzeugung von Kleidern, Schuhen, arbeitssparenden Maschinen zur Herstellung von Düngemitteln, zur Melioration landwirtschaftlicher Gebiete usw. usw. verwandt, plan-

mäßig und zweckentsprechend eingesetzt werden, das macht für die Wohlfahrt der Menschheit, für den allgemeinen Wohlstand einen jedem Menschen in die Augen springenden gewaltigen Unterschied. Selbst dann, wenn keine Mehrproduktion stattfände. Aber auch *die* wird höchstwahrscheinlich während des Krieges geleistet. Es fehlen uns die genauen statistischen Unterlagen, um über die Behauptung einer Wahrscheinlichkeit hinauszugehen. Doch dürfte sich sowohl die Zahl der Arbeitenden wie die Summe der geleisteten Arbeitsstunden in der ganzen Welt beträchtlich vermehrt haben; das heißt aber, falls nicht eine erhebliche allgemeine Minderleistung pro Kopf im Vergleich zur Vorkriegszeit vorausgesetzt wird: es muß sich die Quantität der Erzeugnisse insgesamt erhöht haben.

Damit widerlegt sich zugleich die Behauptung von einem anderen «Trugschluß», den die «NZZ.» mit Hilfe des Professors Cassel triumphierend glaubt aufdecken zu können. Professor Cassel hat nämlich darauf hingewiesen,

«daß der Glaube, die *Kriegsfinanzierung* habe bewiesen, daß die Wirtschaft über große freie Reserven verfüge, die in Friedenszeiten für eine allgemeine Wohlstandssteigerung ausgenützt werden können, unbegründet ist».

In dieser Behauptung von einem «Trugschluß» tritt uns ein *typischer Fehlschluß der kapitalistischen Denkweise* entgegen, ein Fehlschluß sozusagen mit doppeltem Boden. Diese Betrachtung vermag nicht durch den «Geldschleier» hindurchzusehen. Sonst könnte sie nicht *übersehen*, daß in der Tat in Friedenszeiten «große freie Reserven» der Wirtschaft unausgenützt blieben. Sie bestanden in Millionen von unbeschäftigten «Händen», von Arbeitslosen; sie bestanden in der Unzahl leerstehender, stillgelegter Fabriken, in den unverbrauchten, aufgestapelten oder zwecklos vernichteten Mengen von Rohstoffen und Nahrungsmitteln. Daß es in diesen Zeiten aber auch an «freien Reserven» in Gestalt von «*arbeitslosem Geldkapital*» nicht gefehlt hat, ist in der Tat durch die Kriegsfinanzierung bewiesen, und sei der Vollständigkeit wegen hinzugesetzt, obwohl dieser Faktor für *volkswirtschaftliches Denken*, im wahren Sinne des Beiworts, nicht wesentlich ist. So lösen sich bei näherer Betrachtung alle Behauptungen von angeblichen «Trugschlüssen» des «gemeinen Mannes» eine nach der anderen in wirkliche Trugschlüsse der *Behauptenden* auf.

Es nimmt daher nicht gar so sehr wunder, daß der Artikel der «NZZ.» sich im Laufe der «Beweisführung» selber widerlegt. Hatte er bis anhin düsterem Zweckpessimismus über die Aussichten der Nachkriegszeit gehuldigt, so wird nun als Tröster Herr Professor *Wilhelm Röpke* vorgestellt, der uns mahnt, «auf die durch die historische Erfahrung hinlänglich belegte gewaltige Regenerationskraft unseres (welchen?) Wirtschaftssystems» zu vertrauen und nicht zu vergessen, «daß ein Wirtschaftssystem, das die Kraft hat, solche Zerstörungsmittel hervorzubringen, gerade darum auch imstande ist, in der Wiedergutmachung Wunder zu leisten». Stellen wir schnell fest, daß das von Herrn Röpke als «unser» bezeichnete Wirtschaftssystem, das kapitalistische, seine Kraft in der Zeit der «Wiedergutmachung» nach 1918 dazu verwandt hat, das «Wunder» fertigzu-

bringen, Millionen und aber Millionen mitten in möglicher und tatsächlicher Fülle darben, verkommen, hungern und verhungern zu lassen, und dazu neue, noch viel wirkungsvollere Zerstörungsmittel zu ersinnen und herzustellen, die dann auch «naturnotwendig» eines bösen Tages «losgehen». Daß da etwas nicht stimmt und die Lücke den auf «unser» herrliches Wirtschaftssystem nicht unbedingt eingeschworenen Leser vielleicht stutzig machen, womöglich sogar zum Nachdenken bringen könnte, ist der «NZZ.» natürlich nicht entgangen. So macht sie die nicht zu bestreitende Feststellung:

«Diese *Regenerationskraft* in Bahnen zu lenken, die der menschlichen Wohlfahrt dienen, ist nach dem ersten Weltkrieg nicht gelungen.»

«Die Ursachen des Versagens sind leicht aufzuzeigen», fährt die «NZZ.» fort; und auch darin sind wir mit ihr einig. Aber dann macht sie sich's sachlich denn doch zu leicht, während sie stilistisch — auch ein altbewährter Trick! — nach der Maxime verfährt: warum einfach, wenn es auch kompliziert geht? Und so kommt wieder eine Art Orakelspruch zustande:

«Während sich die wirtschaftlichen Regenerationskräfte auf den zwischenstaatlichen Güter- und Kapitalverkehr ausrichteten, förderte der Staat gleichzeitig die im Kriege hochgezüchteten, für die Selbstversorgung arbeitenden Wirtschaftsgruppen durch die Wirtschaftspolitik, deren Kennzeichen der Zwiespalt ist; denn entweder zieht man sich in sein Schneckenhaus zurück und meidet den Verkehr mit seinen Nachbarn, oder dann erkennt man die Gemeinschaft der Interessen und ist sich in seinem Handeln bewußt, daß der finanzielle Bankrott des Nachbarn auch für seine Umgebung nachteilige Folgen zeitigen wird.»

Der Sinn des komplizierten Satzes kann kaum etwas anderes sein, als eine Anklage gegen den *wirtschaftlichen Nationalismus der Nachkriegszeit*, gegen den sogenannten *Neomerkantilismus*. Dafür spricht auch der nächste Satz, der zum «Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft» überleitet, das im «Brennpunkt der Nachkriegsprobleme» stecke. Und nun wird *dem Staat* der Prozeß mit folgenden Worten gemacht:

«Von der wirtschaftlichen Kriegsvorsorge über die wirtschaftliche Mobilmachung bis zur Kriegswirtschaft weitet der Staat seinen wirtschaftlichen Einflußbereich immer weiter aus. Er nimmt die Wirtschaft in seine Dienste, indem er Produktion und Verbrauch in Bahnen lenkt, die sich ausschließlich nach Kriterien der kriegswirtschaftlichen Produktivität und Opportunität richten. In der kriegswirtschaftlichen Planung findet dieses Verhältnis seinen Ausdruck. Damit ist aber auch bereits gesagt, daß sich die Wirtschaft in anderer Richtung entwickeln würde, wenn ihr nicht der Staat den Pfad mit Stacheldraht absteckte, den sie zu gehen hat.»

Es kommt bei dieser Schilderung der Kriegswirtschaft und ihrer Entstehung der «NZZ.» hauptsächlich auf den letzten Satz des Zitats an. Es ist ein indirektes Plädoyer für die «freie Wirtschaft», was sich in der Folge noch deutlicher hervorhebt. Könnte sie «die» Wirtschaft, wie sie wollte, so soll der Leser selbst schließen, hinderte sie der Staat nicht, so stände alles viel besser; es gäbe nicht die Entbehrungen, Freiheits-

beraubungen und alles Ungemach, das mit der Kriegs- bzw. Staatswirtschaft verbunden ist. Geschickte, wenn auch demagogische Propaganda! Alles, was nach «*Etatismus*» schmeckt, stößt ja von vornherein auf gefühlsmäßige Abneigung. Ist so erst einmal das kritische Bewußtsein eingeschläfert, dann wird es leicht, *das Verhältnis von Ursache und Wirkung auf den Kopf zu stellen*, wie es hier geschieht. Es wird also nicht zu umgehen sein, den zitierten Passus unter die Lupe zu nehmen, ihn zu analysieren und zu entwirren. Zur Klarstellung müssen wir uns immer wieder fragen, *was denn eigentlich «der Staat» ist*. «Das Herrschaftsinstrument der herrschenden Klasse», sagt Marx; und die Antwort trifft — noch immer! — den Nagel auf den Kopf. Sie stimmt für den Staat der politischen Demokratie, sie stimmt auch und erst recht für den Staat der totalitären Systeme. Und überall sind es bestimmte Wirtschaftsgruppen, die allein — oder meist im Verein mit anderen Gruppen — den Staat dirigieren. *Nicht umgekehrt!* Das ist das so oft übersehene, ungeheuer wichtige Faktum. «Der Staat» als solcher ist in Wahrheit fast überall ausführendes, nicht bestimmendes Organ. Es war in Deutschland neben der Reichswehr, die in engster Verbindung zur *Schwerindustrie* stand und steht, eben *diese*, die im Verein mit dem ihr ebenfalls eng verbundenen Finanzkapital, den Nationalsozialismus in den Sattel hob, förderte und in seinem kritischsten Augenblick rettete. Der Gang der Wirtschaft und — davon nicht zu trennen — der Gang der Politik, ist im wesentlichen von dieser kapitalistischen Gruppe bestimmt worden. Natürlich hat sie sich, um ihr nicht gerade populäres kapitalistisches Expansionsbedürfnis zu tarnen, der tatsächlich bestehenden, wenn auch zum guten Teil künstlich erzeugten, *nationalistischen Ressentiments und Ideologien* geschickt bedient. Den besten Wegbereiter zu ihrem Ziel fand sie in der *Nazipartei*. Aber es ist zu unterscheiden zwischen *Werkzeug* und *Wirkenden*. Man darf sich da durch den Augenschein, durch Vordergrundspiele und Spieler über die wahren Verhältnisse nicht täuschen lassen. Ganz ähnlich liegen die Dinge in *Japan*. Hinter dem Tenno, dem als Gott verehrten Kaiser, hinter der Armee und der Flotte sieht man die Fäden, die in den Familienkonzernen der *Mitsui*, *Mitsubishi* und einigen wenigen anderen zusammenlaufen. Auch da ist «der Staat» zuletzt doch nur Werkzeug, ausführendes Organ für die Interessen dieser «herrschenden Klasse». Und wer hat, nicht allein, aber doch maßgebend, die Linie der Wirtschaftspolitik und der Politik nach außen und innen im demokratischen England bestimmt, einer Politik, die «der Staat» getreulich bis nach «München» verfolgte, gleichgültig welchen Namen der jeweilige Ministerpräsident, Wirtschafts- oder Außenminister trug? Auch dort wie — trotz «New Deal» — in den USA. ist es ein kleiner Kreis von Kapitalgewaltigen, sind es die «sechzig» oder auch «zweihundert Familien» gewesen, alle glühende Verehrer der «freien Wirtschaft», Bekämpfer der «Staatswirtschaft»! Es ist in den *Kleinststaaten* politisch-demokratischer und wirtschaftlich-oligarchischer Struktur im Prinzip nicht anders. Doch ist ihr direkter Einfluß auf den Gang der Weltwirtschaft und Weltpolitik zu unbedeutend, als daß in diesem Zusammenhang auf sie besonders abgestellt werden müßte. Nicht übersehen sollte man dagegen, daß sie, auch in den engen Grenzen ihrer außenpolitischen

Bewegungsfreiheit, durch soziale Wirtschaftsgestaltung ein weit wirkendes, ihrem Bestand sehr förderliches moralisches Beispiel geben könnten.

Der Vollständigkeit halber wäre vielleicht noch der Sonderfall *Sowjetunion* zu erwähnen, obwohl das Problem in ihm und für ihn wesentlich anders gestellt ist. *Ein* Gleichartiges ist immerhin festzuhalten: auch in der Sowjetunion ist der Staat Herrschaftsinstrument. Nicht einer kapitalistischen Gruppe, sondern — dem Namen nach — der Arbeiter und Bauern als der arbeitenden Klasse; in Wahrheit jedoch eines relativ kleinen Kreises von Beamten, politischen Kommissaren usw. mit einem Mann, Stalin, an der Spitze. In der Tat also eine *Oligarchie* bzw. *Diktatur* (ohne Beiwort!), aber dennoch mit einer ursprünglichen *Zielsetzung*, die von der kapitalistischen Diktaturen und Demokratien grund- und wesensverschieden ist. Dort nämlich sozialistische Gemeinwirtschaft, hier kapitalistische Privatwirtschaft. Setzen wir, um der zu erwartenden absichtlichen Mißdeutung die Spitze abubrechen, schnell noch hinzu, daß nach unserer Auffassung der Zweck die Mittel *nicht* heiligt, daß wir diktatorische Bevormundung grundsätzlich für einen zur Erringung sozialistischer Gemeinwirtschaft ungeeigneten, also falschen Weg halten.

Nach dieser kleinen Abschweifung zum eigentlichen Thema zurückkehrend, haben wir festzustellen, daß der Krieg, damit aber auch alle Vorstufen der *kriegswirtschaftlichen Planung* und schließlich diese selbst zu einem entscheidenden Teil das Ergebnis der privatkapitalistischen, angeblich «freien» Wirtschaft ist. Es sei hier — sozusagen in einem Aufwaschen — gleich noch einem Argument begegnet, das nicht in dem als Musterbeispiel gewählten Artikel, wohl aber in zahlreichen anderen aus der gleichen Quelle zur Entlastung der Kapitalisten angeführt wird. Es wird geleugnet, daß «die Privatwirtschaft» ein Profitinteresse am Kriege habe, da sie im Krieg ja gar keine Extragewinne machen könne. So steht etwa in einem «Englische Wirtschaftsgewinne» betitelten Leitartikel des Handelsteils der «NZZ.» (Nr. 1262) der Satz:

«Die von gewissen Kreisen immer wieder aufgestellte Behauptung, die Kriegswirtschaft sei trotz der Kriegsgewinnbesteuerung in der Lage, vom Krieg zu profitieren, ist damit (sc. durch eine Statistik über Bruttogewinne von 412 Gesellschaften im Krieg) selbst auf einer Bruttogewinnbasis schlagend widerlegt.»

Wir wollen bei der Erwiderung auf diese Behauptung gar nicht darauf abstellen, daß es mancherlei Methoden gibt, Gewinne zu verstecken. Im national«sozialistischen» Deutschland hat man bekanntlich die ingeniöse der «Kapitalberichtigung» gefunden, die es erlaubt, gefahrlos die vorgeschriebene Grenze von 6 Prozent Dividende sogar um ein Mehrfaches zu überschreiten, ohne daß es nach außen, dem Nichtinformierten, sichtbar wird und Ärgernis erregen könnte. (Soweit wir sehen, wird es den Kapitalisten im «plutokratischen» England allerdings nicht so bequem gemacht.) Doch das ist gar nicht die Hauptsache. Die gewaltigen Betriebs-erweiterungen, die manche Industrien während der Kriegszeit vornehmen, diese meist «selbstfinanzierten» Kapitalinvestierungen, die auch nicht «von Pappe» sind und in den meisten Fällen regelrecht unter Kriegs-

profite verbucht werden sollten (staatlich garantierte Amortisation nach fünf Jahren in den USA. z. B.), auch sie mögen außer Ansatz bleiben. Aber selbst wenn man alles das ganz wegstriche, wäre es doch ganz falsch, anzunehmen, «die Privatwirtschaft», genauer das Großkapital, habe gar kein Interesse an Kriegen, weil sie ihm ja doch keinen Gewinn brächten. In Wirklichkeit ist jeder Krieg, so auch der 1939 entbrannte, eine großartige Spekulation dieser Sonderklasse mit großartigen Gewinnchancen und — wenigstens bisher, auch noch nach dem vorigen Weltkrieg — mit relativ geringen Verlustrisiken für die Spekulanten verbunden. Das ist leicht einzusehen. Gewinne das nationalsozialistische Deutschland diesen Krieg, so hätte die deutsche Schwerindustrie und das deutsche Groß- und Finanzkapital die konkurrenzlose unbedingte Monopolherrschaft mindestens über den europäischen Kontinent und damit das erreicht, ja noch weit übertroffen, was es schon im ersten Weltkrieg erstrebt hatte, was ihm damals aber versagt geblieben war. Unterliegt die Achse, so werden — vorausgesetzt, daß grundlegende Änderungen im derzeitigen Gesellschaftssystem *nicht* eintreten — die entsprechenden Kreise in England und Amerika zum mindesten diese gefährliche Konkurrenz an die Kanda nehmen und den eigenen Machtbereich entsprechend erweitern können.

In anderer Weise noch begünstigt die Kriegswirtschaft *die* Industriezweige, welche die eigentliche Domäne des Großkapitals sind. Man kann es am besten an der wirtschaftlichen Strukturwandlung verfolgen, die in dem Deutschland vor sich geht, das angeblich die «Plutokratie» beseitigt und die Wirtschaft in einen nationalen «Sozialismus» übergeführt hat. Tatsächlich aber spielt sich eine *gewaltige Konzentrationsbewegung* in der Wirtschaft ab; in immer steigendem Maße beherrschen einige wenige Konzerne direkt oder indirekt die gesamte Volkswirtschaft. Die Großen fressen mehr und mehr die Kleinen auf; genau so wie es Karl Marx als charakteristischen Entwicklungszug im Hochkapitalismus vorausgesagt hat. Wenn auch nicht mit der gleichen Rücksichtslosigkeit wie im Nazireich, doch aber mit der gleichen Tendenz zum *Monopolkapitalismus* geht der Entwicklungsprozeß in den demokratischen «Plutokratien», wie die Nazi sagen, vor sich. Der Unterschied ergibt sich daraus, daß in den demokratischen Ländern «der Staat» — wie zum Beispiel im Amerika Roosevelts — diese Entwicklung eher abzubremsen sucht, während der nationalsozialistische Staat, viel mehr an ihr interessiert und mitbeteiligt, — Hermann-Göring-Werke! —, sie noch fördert.

Es hieße die Geisteszugeben der mit dem Groß- und Finanzkapital eng verbundenen «Neuen Zürcher Zeitung» unterschätzen, wollte man an ihrer Einsicht in die geschilderten Zusammenhänge zweifeln. Andererseits könnte aber wohl der Gedanke auftauchen, daß in einem Kleinstaat wie der Schweiz doch andere Bedingungen vorliegen, daß hier der Monopolkapitalismus sich nicht in gleichem Ausmaße entwickeln konnte, wie in den erwähnten Großmächten, daß also selbst eine dem Kapitalismus dienende Zeitung eines Kleinstaates abweichende Interessen zu verfolgen hätte. Demgegenüber ist jedoch festzustellen, daß auch in unserem kleinen, aber relativ reichen Land, wie zum Beispiel Fritz Giovanoli nach-

gewiesen hat, die «zweihundert Familien» eine beherrschende Stellung einnehmen. Darüber hinaus darf man aber nicht vergessen, daß es «normalerweise» die «Freizügigkeit» des Kapitals gibt, daß es sich unabhängig von seinem «Standort» an den Raubzügen der «goldenen Internationale» beteiligen kann, also ein Interesse an ihrem Fortbestand hat; und schließlich ist nicht außer acht zu lassen, daß es bei all diesen Fragen und Problemen um *prinzipielle* Entscheidungen geht. Eine grundlegende Änderung im Wirtschaftssystem würde, wenn sie sich einmal in markanter Weise, etwa in einer der großen kapitalistischen Demokratien, durchsetzte, an keiner Grenze haltmachen.

Doch selbst unter dieser Voraussetzung scheint sich ein gewisser Widerspruch in unsere Darlegungen eingeschlichen zu haben. Hat sich der Staat bisher viel mehr als getreuer Diener denn als Gegner des Privatkapitals erwiesen, so wäre es doch töricht, ihn als Störenfried zu bekämpfen, seine Intervention als Hemmnis wirtschaftlicher Produktivität zu denunzieren. Doch auch dieser scheinbare Widerspruch löst sich bei genauer Betrachtung. Auf eine Absicht dieses Scheinkrieges ist schon hingewiesen worden: durch die Abwälzung der Schuld an allen Krisen auf «den Staat» als angeblicher Widerpart des Kapitals, durch diese Verschleierung von unbequemen Tatbeständen, soll eine, den Kapitalinteressen abträgliche Willensbildung auf Grund klarer Einsicht verhindert werden. Das ist die eine Seite. Der Wunsch, das «staatliche Steuerungsprinzip» (nachdem es gute Dienste getan hat) wieder abzubauen, den «Marktmechanismus» oder, wie es auch heißt, «das freie Spiel der Kräfte» wiederherzustellen, ist aber auch — soweit man das Wort hier gebrauchen darf — ganz ehrlich gemeint, ist aus anderen Gründen vom kapitalistischen Standpunkt aus begreiflich. Die Machtposition des Monopolkapitals als internationale Einheit wird nach dem Krieg so groß sein, daß es keiner «staatlichen Krücken» (die es sich in der Depression nur zu gern anpassen ließ) mehr bedarf, daß jede Planwirtschaft *außer der eigenen* seinen Profitinteressen nur abträglich sein kann. Staatliche Intervention könnte sich unter diesen Umständen kaum anders als im Sinne einer *Einschränkung* der kapitalistischen Machtausübung und Interessenvertretung geltend machen. Wenigstens in den Staaten, wo die politische Demokratie noch Spielraum hat. Gottlieb Duttweiler hat das einmal vor den Zürcher Studenten mit beinahe entwaffnender Offenheit so ausgedrückt: «Bei wirtschaftlichem Tief (Krise) die Wirtschaft dem Staat, in der Konjunktur aber der Privatwirtschaft.»

Wie jedes Ding, hat nämlich auch die staatliche Intervention und wirtschaftliche Steuerung ihre zwei Seiten. Hat sie sich in der Vergangenheit im wesentlichen auch als Förderung der kapitalistischen Interessen ausgewirkt, so sind zugleich doch auch von der Herren Tische Brosamen für die große Welt der organisierten Nichtkapitalisten, der Arbeiter, abgefallen. Wenn wir dieses Bild wählen, so sind wir weit entfernt davon, die Fortschritte auf sozialem Gebiet, die dank der politischen Demokratie und ihren Freiheitsrechten errungen werden konnten, zu unterschätzen. Wir wissen, wieviel Arbeitslosenversicherung, Alterspensionen und ähnliche Dinge bedeuten. Aber es ist doch auch wahr, daß es im Grunde nur «Ab-

schlagszahlungen» auf eine *gute Rechtsforderung* sind, Palliativmittel zur *Linderung von Schäden*, oft als billige «Versicherung gegen Umsturz» eingeführt, und daß sie nicht die *Wurzel* des Übels beseitigen. Trotz dieser richtigen Einschätzung des *Verhältniswertes* der sozialen Errungenschaften, weiß die Arbeiterschaft, *warum sie die politische Demokratie gegen alle Diktaturgelüste verteidigt*, während «die Creme» ihrer Klassengegner in allen Ländern immer wieder mit dem Faschismus — das Wort als Sammelbegriff — liebäugelt. Die Arbeiterschaft verteidigt die *virtuelle Kraft* dieser Staatsform, die *Möglichkeiten*, die sich aus ihrer zweckmäßigen Verwendung ergeben. Wenn sie *um* «den Staat» kämpft, so nicht, um sich seiner als des Herrschaftsinstruments für Sonderinteressen zu bemächtigen, sondern um ihn als Werkzeug für die *Durchsetzung und Vollendung der Demokratie* zu benutzen, das ist der ganz wesentliche, gewaltige Unterschied zwischen dem Staatsbewußtsein der Kapitalisten und dem der Arbeiter.

Vor dieser Möglichkeit, die ihrer Vorherrschaft über die Wirtschaft und damit auch über den Staat ein Ende machen würde, haben die Kreise, denen die «NZZ.» dient, die größte Angst. Solcher Entwicklung vorzubeugen, ist die Absicht der ganzen propagandistischen Kampagne der «Neuen Zürcher Zeitung» und des herausgegriffenen Artikels. Ob in seinem zweiten «Staat und Wirtschaft» betitelten Teil «die Regenerationskraft der Wirtschaft» durch «Marktautomatismus bzw. Konkurrenzsystem» und das «freie Spiel der Kräfte» angepriesen oder die Ausschaltung des «staatlichen Steuerungsprinzips» und die «Rückbildung des Staatsinterventionismus» gefordert wird, es läuft alles darauf hinaus, den *Gedanken der wirtschaftlichen Planung an sich* zu diskreditieren, zu verhindern, daß er *positiv* auf die Organisierung der Wirtschaft zur geordneten Deckung der *Massenbedürfnisse* gewandt würde. Denn eine solche Wendung und Wandlung trägt die Tendenz zur *Demokratisierung der Wirtschaft* in sich; sie ist ihr immanent.

Die Gefahr der Kampagne gegen diese Volkssache, die der Sozialismus, konkret gesprochen die *Arbeiterbewegung*, vertritt, ist die Unterhöhlung des Vertrauens in die Wirksamkeit des Planprinzips. Zurzeit nämlich ist noch, wie die «NZZ.» bemerkt, «der Glaube an die Regenerationskraft der Wirtschaft selbst (lies: der privatkapitalistischen «freien» Wirtschaft) unterhöhlt». Diese infolge bitterer Erfahrung entstandene, dennoch mehr auf das Gefühl als auf kritische Durchforschung der Zusammenhänge gegründete *Stimmung* ist für uns ein sehr günstiger Ausgangspunkt. Wir wissen ja, daß das Handeln der Menschen in höherem Maße vom Gefühl, als von nüchterner Erwägung geleitet wird. Das Reich der Vernunft ist begrenzt; aber gerade darum muß es *erweitert* werden. Das kann geschehen durch sichtbar und greifbar gute Resultate eines Wagnisses. Denn alles Neue, das dürfen wir ruhig eingestehen, ist Wagnis, ist Experiment. Doch theoretische Berechnung wie praktische Erfahrung bestätigen gleichermaßen, daß alle objektiven Voraussetzungen zu einem günstigen Ausgang gegeben sind.

Es ist nicht möglich und auch nicht nötig, von heute auf morgen goldene Berge zu versprechen, nachdem so viel zerstört worden ist, oder

auch nur reibungsloses Funktionieren. Alles Werdende erfordert Geduld und Hingabe. Aber versprechen können wir ohne Bedenken unter einer geplanten Wirtschaft ein menschenwürdiges Dasein — vorausgesetzt natürlich, daß ihr Ziel und Zweck der *Mensch* und nicht der *Profit*, daß es der *Friede* und nicht der *Krieg* ist. Gerade weil unsere Sache so gut ist, versuchen die Nutznießer der alten Wirtschaft, *uns in die Defensive zu drängen*. Aber auch für uns gilt das Wort vom Angriff als der besten Verteidigung. Und das bisherige Wirtschaftssystem bietet wahrhaftig der Angriffsflächen genug! Doch wäre es falsch, sich auf diesen negativen Teil unserer Aufgabe zu beschränken, zu dem auch notgedrungen Gegenoffensive, die Widerlegung der geschickten «Trugschluß»-Propaganda gehört, von der wir ein Beispiel gegeben haben.

Es ist nicht schwer, scheint uns, darzutun, daß die *geplante Gemeinwirtschaft* keineswegs identisch ist mit reiner Staatswirtschaft, mit «Etatismus» oder irgendeiner Form von «Staatskapitalismus». Zwischen rein zentralistisch, von oben dirigierter Wirtschaft und einem chaotisch-ungeordneten Zustand sogenannter «freier Wirtschaft», die es im Sinne des manchesterlichen «laissez-faire» nie gegeben hat und heute weniger denn je für die große Masse der Wirtschaftenden gibt, zwischen diesen beiden Extremen liegt ein großes Gebiet andersartiger möglicher Wirtschaftsgestaltung. Die wirksame Synthese zwischen den praktisch erprobten Formen vom genossenschaftlich verwalteten Betrieb bis zum öffentlichen Großunternehmen herzustellen und die Gesamtwirtschaft planmäßig in den Dienst der Gemeinwirtschaft zu stellen, diese nach dem Krieg erneut sich ergebende Aufgabe, hat viel weniger objektiv-materielle als subjektiv-psychologische Hindernisse zu überwinden. Mit dem «Plan der Arbeit» ist ein Versuch unternommen worden, beiden Schwierigkeiten zu begegnen. Aber er war doch bisher eher ein Veilchen, das im verborgenen blüht. Er wurde, nach kurzem, hoffnungsvollem Anlauf, auf das tote Geleise abgeschoben.

Ob der Plan der Arbeit, oder ob eine andere Grundlage gesucht wird, der Kampf um die Zukunft nach dem Krieg hat schon intensiv begonnen und die Um- und Neugestaltung der Wirtschaft ist sein Kernstück. Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren, wenn wir nicht wieder unsere Stunde versäumen wollen. Darum diese ausführliche Behandlung eines Musterbeispiels für die weitvorausschauende Tätigkeit gemeinschaftsfeindlicher Kräfte.

Friedenskongresse vor 75 Jahren

Von Paul Müller

I.

Einen solchen Jubel, wie er an jenem ewig denkwürdigen Sonntag, dem 8. September 1867, die Straßen Genfs durchbrauste, hat weder die Stadt Rousseaus noch eine andere Stadt des Landes jemals wieder erlebt. Schon in den frühen Nachmittagsstunden begannen sich die Häuser zu